

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU – Ratsfraktion am 16. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine Damen und Herren,

wie soll man in der heutigen Zeit eigentlich noch einen vernünftigen Haushalt in einer Kommune aufstellen? Vor dieser schwierigen Frage standen wir in diesem Jahr.

Gibt es realisierbare Möglichkeiten, das Defizit deutlich zu verringern? Können wir durch drastische Ausgabensenkungen und gleichzeitige Einnahmesteigerungen etwas Grundlegendes daran ändern? Wir haben diese Fragen unter verschiedenen Gesichtspunkten, in unserer Fraktion und natürlich insbesondere auch mit unserem Kooperationspartner, ausführlich diskutiert und sie alle wissen, zu welchem Ergebnis wir dabei gekommen sind.

Wir haben einen Mittelweg gewählt, moderate Kürzungen in einigen Bereichen, eine geringe Steuererhöhung, Investitionen gekürzt oder verschoben. Warum sind wir überzeugt davon, dass dies für Meerbusch der einzig vernünftige Ansatz ist?!

Dazu will ich kurz zwei Zahlen miteinander vergleichen. Zuerst rechnen wir uns mal aus, welche Summe bei den Ausgaben wir denn „freiwillig“ in unserem Haushalt haben. Das sind alle freiwilligen Zuschüsse und auch Subventionen für Soziales wie z.B. erlassene KITA-Gebühren. Dann schließen wir mal „virtuell“ alle defizitären freiwilligen Einrichtungen: die Musikschule, die Bibliotheken, die VHS und das Schwimmbad. Was haben wir dann insgesamt an Ausgaben gesenkt? Es sind ca. 5 Millionen Euro.

Und jetzt schauen wir uns dazu mal eine andere Zahl an: die Einnahmen für 2011 liegen 15 Millionen Euro unter der ursprünglichen Erwartung, die durch die Kreisumlage festgelegten Sozialausgaben sind um 3 Millionen Euro gestiegen. Macht zusammen 18 Millionen Euro weniger für unseren Haushalt!

Das heißt: bei Verzicht auf ALLE freiwilligen Ausgaben haben wir nicht einmal ein Drittel dieser Summe abgedeckt! Eine wirkliche Lösung des Problems ist das also nicht.

Und jetzt nehmen wir noch einen anderen Aspekt mit dazu: ich nenne ihn die „Wettbewerbsfähigkeit“ einer Kommune. Die wäre nach einem Kahlschlag wirklich deutlich geschmälert, ein für Bürger attraktives Angebot gibt es dann nicht mehr. Und sind nicht die VHS, die Musikschule und die Bibliotheken auch wichtige Bildungsausgaben? Wenn eine Stadt aber nicht mehr attraktiv – auch und gerade für Neubürger und junge Familien ist – dann verlieren wir alle auf Dauer dabei.

Damit war für uns als Leitlinie klar: Wir werden das attraktive Angebot für unsere Einwohner nicht „kaputt sparen“. Wir werden im Bereich der Bildung, Kinder und Jugend keine Einschnitte machen.

Und bei den angedachten Einnahmeerhöhungen ist es ähnlich: Wir haben mit der Grundsteuer B nur den Hebesatz erhöht, bei dem wir deutlich unter dem Landesschnitt lagen. Bei der Gewerbesteuer, wo wir im mittleren Feld liegen und uns natürlich auch in Konkurrenz mit den Nachbargemeinden befinden, gab es keinen Handlungsspielraum, jede Erhöhung würde uns mittelfristig zum Nachteil gereichen.

Deshalb sind wir überzeugt: Mit diesem Haushalt ist Meerbusch auf dem richtigen Weg!

Und lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Neuregelung der Kommunalfinanzen machen: es wird sicher etwas geändert werden müssen. Wenn die Stadt Meerbusch nach den heute absehbaren Zahlen gegen Ende des Jahres 2011 die Ausgleichsrücklage fast aufgebraucht hat, so wird sie in dieser Hinsicht zu den besten 10% der Kommunen in Nordrhein-Westfalen gehören. Bei 90% ist diese Rücklage dann längst schon weg! Eine grundlegende Änderung der Kommunalfinanzierung ist deshalb unumgänglich! Nur lassen sie uns das ganz ohne Illusionen sehen. Wer die Entwürfe dazu gelesen hat weiß: es soll zwar insgesamt mehr Geld für die Kommunen geben, aber es wird auch eine Umverteilung von „reichen“ zu „armen“ Kommunen geben. Und, meine Damen und Herren, Meerbusch ist ohne jeden Zweifel eine „reiche“ Kommune.

Was können wir denn in den nächsten Jahren strukturell überhaupt noch verbessern? Personell haben wir die „Rosskur“ hinter uns, eine weitere Verschlinkung ist da nicht mehr möglich. Bei den Sachkosten ist vielleicht noch ein bisschen Luft, aber viel wird es nicht sein. Es gab zum Thema Haushaltskonsolidierung einen Arbeitskreis mit dem Kämmerer und allen Fraktionen. Das Ergebnis: null! Egal wo man hinschaute: Entweder waren es Pflichtaufgaben oder es wurde bereits vorbildlich gelöst. Auch der GPA-Bericht, den wir in den nächsten Monaten ja noch detaillierter auswerten, stellt der Stadt Meerbusch da ein hervorragendes Zeugnis aus: In zwei Bereichen sind wir ab jetzt sogar der Benchmark für alle Kommunen in NRW! Und da wo laut GPA Kostensenkungen mittelfristig möglich sind, handelt es sich größtenteils um Schulgebäude, Sporthallen und Kinderspielplätze, bei denen wir nicht umsonst einen hohen Standard für richtig halten.

Tatsächlich bleibt wohl nur eine Möglichkeit, in absehbarer Zeit strukturelle Kostensenkungen zu realisieren: das ist die interkommunale Zusammenarbeit. Aber da ist nicht alles Gold was glänzt. Was oft als Beispiel genannt wird, die Musikschule, ist in meinen Augen z.B. keine gute Möglichkeit. Zwei im kaufmännischen Sinn defizitäre Einrichtungen, deren Defizite praktisch ausschließlich aus den Personalkosten für den Unterricht kommen, werden auch zusammen keine Spur kostengünstiger sein. Wahrscheinlich erhöht sich nur der Reiseaufwand von Lehrern und Schülern. Nein, ich denke da eher an Bereiche mit „back-office“-Funktion, Dinge wie z.B. gemeinsame Personalverwaltung, gemeinsamer Einkauf oder ähnliches. Hier gilt es für die Zukunft, ohne Scheuklappen zu denken und neue effiziente Strukturen zu schaffen.

Ich habe unsere Linie für den Haushalt erläutert. Was war denn die Linie der Opposition? Diese Frage kann ich Ihnen wirklich nicht beantworten, ich habe keine Linie gefunden.

Meine Top 3 der Oppositionsvorschläge:

- Die SPD beklagt das große Defizit und hat keinen einzigen Sparvorschlag gemacht, dafür wollen sie aber 2 Millionen Einnahmen aus den KITA-Gebühren streichen.
- Die FDP beklagt eine desaströse Finanzlage (welches Wort würde unsere FDP-Politiker eigentlich bei den 90% der Kommunen verwenden, deren Finanzlage schlechter ist als unsere?). Sie will aber natürlich wie immer das Grundstück Haus Meer kaufen, Folgekosten unbekannt und eigentlich auch egal.
- Die UWG will den Dr.-Franz-Schütz Platz zur Bebauung verkaufen, da haben wir dann ja eine schöne einmalige Einnahme, Markt, Schützenfest, Winterwelt und Parkplätze werden ja auch nicht mehr wirklich gebraucht.

Einig war sich die Opposition eigentlich nur darin, die moderaten Sparvorschläge von CDU und Grünen abzulehnen.

Der unrühmliche Höhepunkt dieses Verhaltens wurde von der FDP im Hauptausschuss letzte Woche vorgeführt: vor 2 Jahren, als auf unseren Vorschlag hin der freiwilligen Zuschuss für die Feuerwehr um 15 T€ erhöht wurde, hat die FDP das als einzige Partei vehement abgelehnt. In seiner Haushaltsrede sagte Herr Dr. Schuhmacher-Adams, das wäre ein unnötiges Geschenk für CDU-Klientel. Letzte Woche im Hauptausschuss wurden bei der vorübergehenden Kürzung dieses Betrags um 4 T€ bittere Tränen vergossen und die CDU wurde beschimpft, wir würden ehrenamtliches Engagement mit Füßen treten.

Wie sagte Goethe einst:

„Manches können wir nicht verstehen, lebt nur fort es wird schon gehen“.

Zum Ende meiner Rede möchte ich einige Worte an unsere Verwaltung richten. Die Arbeit mit der Politik ist in der letzten Zeit für sie nicht leichter geworden. Wir fordern viel von ihnen, es werden immer mehr Informationen, Konzepte und Alternativvorschläge gewünscht, die Zahl der Ausschüsse und der Arbeitskreise mit Verwaltungsbeteiligung wächst kontinuierlich.

Ich sage das auch selbstkritisch: manchmal vergessen wir Politiker dabei, wie viel Arbeit für ihre Mitarbeiter dahinter steckt. Gleichzeitig wissen wir alle, dass der Reflex „mehr Personal“ in der heutigen Zeit auch keine realisierbare Lösung ist. Da helfen nur ein offener Dialog, eine ehrliche Aufgabenkritik und etwas Verständnis füreinander.

Bislang hat dies immer gut und in einer angenehmen Atmosphäre geklappt, dafür aber nicht nur dafür gebührt Ihnen allen, voran dem Bürgermeister und seinen Beigeordneten, aber insgesamt wirklich ALLEN Mitarbeitern der Verwaltung unser herzlicher Dank!

Ich wünsche allen hier im Saal ein frohes Weihnachtsfest sowie Glück und Gesundheit im Neuen Jahr! Genießen sie die Politik-freie Zeit!

Werner Damblon

Es gilt das gesprochene Wort.

FDP – Ratsfraktion Meerbusch

Haushaltsrede der FDP Fraktion anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2011 auf der Ratssitzung am 16.12.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wir, die FDP, sind für einen ausgeglichenen Haushalt;
Wir sind dafür, dass die Stadt nicht mehr ausgibt, als sie einnimmt;
Wir sind dafür, dass unseren Kindern die bestmögliche Förderung und Ausbildung zuteil wird;
Wir sind dafür, dass unsere Jugend vernünftig Sport treiben kann;
Und wir sind dafür, die Geschichte unserer Stadt zu bewahren und zu pflegen.

Das sind alles Grundsätze, die in diesem Rat über die Parteigrenzen hinweg allgemein Zustimmung finden dürften. Nur bei der Umsetzung hapert es bedauerlicherweise immer wieder. Dieser Haushaltsentwurf zeigt es mit großer Deutlichkeit.

Ein ausgeglichener Haushalt rückt in weite Ferne. Die Ausgaben steigen permanent und stärker als die Einnahmen; und damit steigen auch die Schulden. Kann man sich noch bei der Förderung und Ausbildung unserer Kinder verständigen, scheiden sich bereits bei Haus Meer, der geschichtlichen Keimzelle unserer Stadt, wieder die Geister. Stattdessen wird den völlig überzogenen Wünschen eines Sportvereins nachgegeben, obwohl gerade hier Augenmaß und bedarfsgerechte Investition am Platze wären.

Ich habe heute zum wiederholten Male die große Ehre, diese Haushaltsrede für meine FDP-Fraktion zu halten. Und wenn Sie mir in den vergangenen Jahren zugehört hätten und den Vorschlägen meiner Fraktionskollegen gefolgt wären, dann läge hier heute dieser höchst unbefriedigende Haushaltsentwurf nicht vor uns. Unsere Devise war immer: Es geht alles auch eine Nummer kleiner und preiswerter.

Dazu einige Fakten:

FDP – Ratsfraktion Meerbusch

Die Kassenkredite steigen von Null am 31.12.2009 auf 13 Millionen Euro am 31.12.2011. Die Investitionskredite steigen im gleichen Zeitraum von 100,6 auf 115,7 Millionen Euro und bringen damit die **Gesamtverschuldung** auf „stolze“ **128,7 Millionen Euro!** Mehr als € 2300 für jeden Meerbuscher Bürger! Dafür zahlt die Stadt im nächsten Jahr 5,5 Millionen Euro Zinsen und profitiert dabei noch von dem zur Zeit sehr niedrigen Zinsniveau. Ein Anstieg der Zinsen um nur einen Prozentpunkt bedeutet eine Zusatzbelastung des Haushalts von über 1 Million Euro! Mittel, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf sieht für 2011 Aufwendungen in Höhe von 117,8 Millionen Euro vor – im lfd. Jahr € 118 Mio. Bei geplanten Erträgen von rund € 110 Millionen resultiert daraus ein Defizit von € 8 Millionen, zuzüglich € 3,7 Millionen aus dem negativen Finanzergebnis ergibt ein **Gesamtdefizit von 11,7 Millionen Euro!**

Bei Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements 2007 hatten wir eine Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. € 20 Millionen. Diese Ausgleichsrücklage ist komplett aufgebraucht und die allgemeine Rücklage muss angegriffen werden! Hier muss einmal gesagt werden, dass der Begriff Rücklage missverständlich ist. Die allgemeine Rücklage als Teil des Eigenkapitals ist nur eine rechnerische Größe und beinhaltet keine Liquidität, die auf Bankkonten gelagert wird. Der Meerbuscher Haushalt 2011 muss vom Landrat des Kreises Neuss genehmigt werden und damit ist Meerbusch in seiner kommunalen Selbstbestimmung eingeschränkt!

Der Meerbuscher Haushalt hat ein strukturelles Problem, das nicht kurzfristig mit pauschalen Kürzungen bei freiwilligen Leistungen oder den Fraktionszuwendungen zu lösen ist. Auch nicht mit der Erhöhung der Grundsteuer B um 40 Punkte bzw. 10%.

Es ist ein Skandal, dass der von der FDP bereits vor einem Jahr initiierte Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung durch Passivität von CDU und Grünen ins Leere lief und Meerbusch ein Jahr verloren hat. Eine Neuauflage mit ernsthafter Mitarbeit aller Fraktionen und der Verwaltung – eventuell unter Hinzunahme von externem Sachverstand - erscheint uns angesichts der Dimension des Problems unumgänglich. Hierbei müssen auch die Ergebnisse des Gemeindeprüfungsamtes berücksichtigt werden. Die GPA hat im Vergleich zu anderen Kommunen Einsparpotenziale von rd. € 3,6 Mio. identifiziert.

Es müssen Zielvereinbarungen formuliert werden, die für alle verbindlich sind. Auch eine Schuldenbremse, wie sie für den Bund ab 2016 und ab 2020 auch für die Länder gilt, die eine Neuverschuldung ausschließt, muss für Meerbusch in ähnlicher Weise in Betracht gezogen werden.

FDP – Ratsfraktion Meerbusch

Auf jeden Fall muss es das Bestreben aller politischen Kräfte in Meerbusch sein, die städtische Haushaltswirtschaft nicht durch den Rhein-Kreis-Neuss fremdbestimmen zu lassen!

Trotz des kurzfristig geringen Handlungsspielraums sehen wir auch im vorgeschlagenen Haushalt noch Einsparungsmöglichkeiten. Aber praktisch keinem Vorschlag von uns wurde gefolgt.

Wir lehnen die Erhöhung der Grundsteuer B als singuläre Maßnahme ab. Sie ist nach der letzten Steuerschätzung des Bundes im November auch im kommenden Jahr nicht erforderlich. Hierüber kann und sollte im Rahmen eines Konsolidierungskonzepts nachgedacht werden. Ebenso lehnen wir die Reduzierung der freiwilligen Leistungen an Vereine und soziale Einrichtungen um 10 – 20% ab. Die Einsparung ergibt insgesamt nur € 140 T, trifft aber die Begünstigten (Schüler, Sportler, Kultureinrichtungen und Ehrenamtler) besonders hart.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, haben wir der Kürzung der Fraktionszuwendungen um 20%, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zugestimmt. Doch auch hier wurde es dann nur eine Kürzung um 10%.

Wie bei den laufenden Aufwendungen ist auch das Investitionsprogramm einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Das mahnen wir jedes Jahr erneut an. Die FDP befürwortet uneingeschränkt den U3 Ausbau der Kindertagesstätten. Für nicht realistisch, weil viel zu hoch, sehen wir den Umfang der Baumaßnahmen im Straßenbereich und der Stadtentwässerung. Wir widersetzen uns den hohen Kosten für die Sportanlage Strümp (Neubau der Umkleidekabinen - €1,1 Mio.; Kunstrasenplatz mit 2.Flutlichtanlage - € 1,3Mio). Unsere am realistischen Bedarf orientierte Alternative kommt mit einem Drittel dieser Kosten aus.

Es ist eine dringende Notwendigkeit, den Kauf des Geländes „Haus Meer“ und die Instandsetzung des „Teehäuschens“ unter Einbeziehung von Landeszuschüssen in Angriff zu nehmen.

Es ist ein Skandal, wie die schwarz-grüne „Kooperation“ den überdimensionierten Verbrauchermarkt in Osterath durchdrückt. Er ist nicht nur ökologischer und nachhaltiger städtebaulicher Unsinn, denn der dadurch entstehende Verkehr und der damit verbundene CO₂-Ausstoß macht alle unsere Bemühungen CO₂ einzusparen mit einem Streich zu Nichte. Er zerstört auch aktiv den bisherigen Ortskern, was CDU und Grüne nicht nur wissentlich in Kauf nehmen, sondern aggressiv voran treiben.

Daraus ergibt sich: Trauer tragen, heißt in diesem Jahr nicht nur „Schwarz“, sondern „Schwarz-Grün“ tragen.

FDP – Ratsfraktion Meerbusch

Mein Fazit:

Der Haushaltsentwurf 2011 ist das Ergebnis jahrzehntelanger verfehlter Haushaltspolitik der CDU, die jetzt auch noch bedauerlicherweise von den Grünen unterstützt wird. Ohne strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen wird Meerbusch der Haushaltsaufsicht nicht entgehen können. Aus diesen Gründen lehnt die FDP diesen Haushaltsentwurf ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Dr. Bernd Schumacher-Adam §

Haushaltsrede der SPD Fraktionsvorsitzenden Ilse Niederdellmann für den Haushalt 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Frau Beigeordnete,
Herr Dr. Gerard,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen.

Ich beginne gerne mit einem Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Die Schwarz/Grüne Koalition in Meerbusch besteht jetzt seit einem Jahr.

Was hat sich seitdem für Meerbusch verändert?

Sichtbar ist nur, dass Sie das ungeliebte und bei den Bürgerinnen und Bürgern ungewollte Projekt „Ostara“ auf den Weg gebracht haben.

Bei diesem Projekt glauben die Grünen, sich mit ihren Forderungen nach mehr Ökologie ein gutes Gewissen verschafft zu haben. Aber alleine mit ökologischen Aspekten werden Sie das Projekt „Ostara“ mit dem Frischemarkt nicht verträglicher für unsere Stadt gestalten können. Die Zukunft wird zeigen, dass Ihr gemeinsames Lieblingsobjekt, wenn es denn realisiert wird, tatsächliche Verkehrsprobleme schaffen und den Einzelhandel in Meerbusch, insbesondere in Osterath, gefährden wird.

Verwaltungsspitze und CDU sind eins, jetzt haben sich jetzt noch die Grünen dazu getan. Man erkennt keinen Unterschied mehr.

Bisher geht Grün in Schwarz auf und umgekehrt. Eine Masse, wo bleibt die Klasse?

Haben die Grünen in ihrem Wahlprogramm noch Akzente gesetzt, so fehlen diese jetzt in Gänze. Ein Beispiel ist Ihre Forderung zur Kommunalwahl 2009 nach einer zweiten Gesamtschule in Meerbusch. Sie schreiben dort ja richtigerweise, dass nur die Hälfte der angemeldeten Kinder tatsächlich angenommen werden kann. Und jetzt? Sie stimmen nicht einmal mehr unserem Antrag auf bedarfsgerechten Ausbau der bestehenden Gesamtschule zu.

Herr Bürgermeister Spindler, mehr Transparenz gegenüber den gewählten Volksvertretern wäre wirklich gut.

Im letzten Jahr erfuhren wir wichtige Personalentscheidungen aus der Presse. Beispielweise nenne ich hier nur unsere neue Gleichstellungsbeauftragte. Oder aber ein Investor meldet sich für ein durchaus interessantes Objekt, wir erfahren es aus der Presse.

Ans Herz legen, Herr Bürgermeister Spindler, möchte ich Ihnen heute die Böhlersiedlung. Die Menschen dort leben in großer Sorge. Um sie herum verändert sich einiges. Erst werden 30 Einfamilienhäuser zum Kauf angeboten, jetzt auch einige Wohnhäuser. Die Siedlung wird zerschlagen.

Die SPD Fraktion bittet Sie nicht nur, sie fordert Sie auf, sich für den Erhalt der Siedlung mit ihren Strukturen und ihrem Gartenstadtcharakter, einzusetzen. Es muss im Interesse der Stadt sein, in Meerbusch bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Nachbarstädte haben das Problem bei sich erkannt und darauf reagiert.

Vergessen Sie bitte auf keinen Fall die Kindertagesstätte im Herzen der Siedlung und den Abenteuerspielplatz. Beide Einrichtungen leisten wertvolle Arbeit zur Integration von Kindern und jungen Menschen. Wahrscheinlich müssen wir auch hier andere, neue Wege gehen, um die Siedlung für Meerbusch zu erhalten.

Der CDU Stadtverbandsvorsitzende betonte in einer Pressemitteilung, die CDU habe viel für die Meerbuscher Bürgerinnen und Bürger getan. Herr Herlitz, sind Sie doch so nett und sagen uns bei Gelegenheit ein paar Ihrer Guttaten, damit wir auch etwas davon mitbekommen.

Die Menschen in Meerbusch haben 2009 jedenfalls ihre absolute Mehrheit gebrochen, Sicherlich, weil sie ihrer Partei nicht mehr alleine die Verantwortung für unsere Stadt geben wollten.

Zum Haushalt äußerte sich Herr Herlitz am 1.12.2010 in der RP zu den Vorschlägen der Opposition: Diese seien unbrauchbar.

Herr Herlitz, mit unseren Vorschlägen schauen wir nach vorne, investieren in die Zukunft und haben Visionen, die Sie schon lange nicht mehr haben.

In letzter Zeit stellen wir verstärkt fest, dass die Grünen vor Ort durch die Koalition mit der CDU an Farbe verlieren. Anfangs hatte man noch das Gefühl, na ja, die Ökopartei nimmt der CDU den Schneid ab.

Jetzt, bei den Haushaltsberatungen hat man Sie kaum noch als eigenständige Partei wahrgenommen. Ich möchte vor allem die Kürzungen im Sportbereich als Beispiel nennen, Ihr Verhalten zur Gesamtschule habe ich bereits erwähnt.

Der Haushalt 2011 ist ein nicht durchschaubares Zahlenwerk.

Selbst Fachbereichsleiter sprechen von „Makulatur“ und für Politiker nicht lesbaren Zahlen.

Da diskutieren die Fraktionen stundenlang über den Haushalt, überlegen wo vielleicht doch gespart werden kann, um dann während einer Ausschusssitzung durch eine Tischvorlage darüber informiert zu werden, dass genau in diesem Bereich nichts mehr zu sparen sei. Hier hat wohl die Regierungspräsidentin eingegriffen.

Den Fraktionen so etwas erst direkt vor der entscheidenden Sitzung mitzuteilen, ist nicht hinnehmbar, ja fast schon fahrlässig.

Und dieses Zahlenwerk setzt sich in jedem Produktbereich fort.

Für die SPD Fraktion sind die pauschalen Kürzungen von 20% bei den freiwilligen Ausgaben nicht tragbar. Sie treffen genau die Organisationen, die Säulen unserer Stadt sind. Organisationen, die Aufgaben übernehmen und somit die Kommune entlasten. Die Menschen in den Vereinen hätten es verdient, dass Sie, Herr Bürgermeister Spindler und auch Sie, Herr Kämmerer Fiebig nicht pauschal kürzen, sondern Impulse für die Zukunft setzen. Bei einer Haushaltsunterdeckung von 12 Mio. €, Schulden von über 100 Millionen und Zinsen von jährlich 5 Millionen €, fehlen uns die ernst zu nehmenden Sparvorschläge. Was gedenken Sie in Zukunft zu tun, um eine noch höhere Unterdeckung und Verschuldung zu vermeiden? Sparen beim Ehrenamt und beim eigenen Personal ist für uns Sozialdemokraten nicht der richtige Weg.

Im Schul- und Sportausschuss hat der Vorsitzende des Stadtsportverbandes behauptet, die Sportvereine seien mit der Kürzung einverstanden. Bei unseren Gesprächen mit den Vereinen hat sich das anders angehört. Aber Herr Kunze, dieses ist das bekannte Problem mit den zwei Hüten, die eine Person aufhat. Ihr Brief an die Sportvereine, der mir vorliegt, zeigt deutliche Spuren von rüpelhaftem Benehmen. Es ist wirklich müßig darüber zu diskutieren, wer hier der Elefant im Porzellanladen ist.

Leider haben es CDU und Grüne auch beim zweiten Versuch nicht geschafft über ihren eigenen Schatten zu springen und die Kürzungen zurück zu nehmen. Ebenso wie die Verwaltungsspitze nur verwaltet und nicht gestaltet, tut dies die Koalition auch. Sie schließt sich den Forderungen der Verwaltung nach pauschalen Kürzungen einfalls- und ideenlos an.

Neue Wege gehen, alles auf den Prüfstand stellen, interkommunale Wege gehen, anders werden wir in der Zukunft überhaupt keine Chance mehr haben. Worauf hoffen Sie? Im Hauptausschuss meinte Herr Damblon, man dürfe nur die Ausgabensituation im Auge behalten. Mit unseren Vorschlägen haben wir gezeigt, dass wir nicht nur auf eine bessere Einnahmesituation hoffen. Eine starke Wirtschaftsförderung kann etwas für unser Gewerbesteueraufkommen tun. Und hier ist wieder unsere Forderung für die Zukunft, aus diesem, inzwischen ja EINFRAU-Betrieb, einen starken eigenständigen Bereich zu schaffen, der gemeinsam mit dem Stadtmarketing für Meerbusch aktiv ist.

Neue Wege gehen, auch im kulturellen Bereich. Damit wir eine Musikschule mit diesem hohen Niveau vorhalten können, müssen wir hier mit anderen Kommunen kooperieren. Unsern Antrag hierzu im Kulturausschuss haben wir zurückgenommen, um ihn als eigenständigen Punkt auf die Tagesordnung im

nächsten Kulturausschuss zu stellen. Der Antrag ist uns zu wichtig, als dass er als nicht haushaltsrelevant abgelehnt wird.

Unsere VHS leistet gute Arbeit, wir müssen sie allerdings stärken und dazu beitragen, dass das Angebot gerade auf dem Bildungssektor noch besser wird. Und wir müssen hinterfragen, ob denn tatsächlich alle alles anbieten müssen. Alle Bildungswerke an einen Tisch und dann für die Zukunft ein gutes Konzept erstellen.

Man muss es nur anfassen, von selber kommt nichts.

Die Politik soll es richten, sie soll Sparvorschläge machen, sie soll alle Visionen aufgeben, um die hoch verschuldete Stadt zu retten.

Ich sehe hier eine gewisse Ratlosigkeit bei vielen. Das wurde vor allem im Haupt- und Finanzausschuss deutlich. Ja, wie soll es weitergehen?

Wir müssen uns entscheiden und auf unsere Bürgerinnen und Bürger hören. Was nutzt denen der sog. Meerbusch Standort, wenn dieser nach Schaffung dann nicht gepflegt werden kann, aus Geldmangel. Jetzt schon wird im Grünpflegebereich eingespart. Wir werden dies zu spüren bekommen.

Auch über bereits beschlossene Maßnahmen, wie über das Fuhrparkkonzept der Stadt, muss man in Zeiten wie diesen nachdenken dürfen. Als Privatmensch kann ich mir nur ein neues Fahrzeug leisten, wenn das Geld hierfür da ist, warum gilt das nicht auch für unsere Stadt?

Trotz hoher Verschuldung, trotz Unterdeckung wagen wir Sozialdemokraten noch nach vorne zu schauen und Ideen zu haben. Wir wollen in die Zukunft investieren und das kostet zunächst einmal Geld. Ja, wir sind so mutig und sagen den Bürgerinnen und Bürgern, was wir wollen. Wir wollen kostenlose Bildung und Betreuung für unsere Kinder, wir wollen die Vereine und Organisationen unterstützen, die unsere Stadt tragen. Wir wollen eine soziale Stadt. Wir lassen uns gerne daran messen und stehen für unsere Ideen und Ideale.

Dazu gehört insbesondere der Ausbau von U3 Kita-Plätzen. Von uns schon gefordert, als noch nicht die Rede davon war, dass Bund und Länder dieses finanziell unterstützen. Wir haben ja in diesem Jahr erlebt, wie schnell sich das mit der Unterstützung ändern kann.

Zum Glück hat die Rot/Grüne Landesregierung auf die Fehler von Schwarz/Gelb reagiert und sofort Gelder bereitgestellt und heute durch einen Nachtragshaushalt auch den betroffenen Kitas in Meerbusch geholfen.

Aber ihr Verhalten, sehr geehrte Ratsmitglieder der CDU im Hauptausschuss zu diesem Thema hat mich wirklich empört. Sie fordern nicht etwa ihren eigenen Landtagsangeordneten Herrn Lienenkämper und ihre Landtagsfraktionen auf,

den Nachtragshaushalt zu unterstützen, nein, Sie verlassen sich auf eine Enthaltung der Linke. Und ihr ehemaliger Ministerpräsident bleibt lieber in Rom, als sich hier im Land seiner Verantwortung zu stellen.

Wahrscheinlich werten Sie die Verabschiedung des für unsere KITAS so wichtigen Nachtragshaushalt dann später noch als Ihren Erfolg. Aber damit werden Sie hier in Meerbusch nicht durchkommen. Das Verhalten steht ganz in der Nähe von „Trittbrettfahren“.

Die Personalentwicklung bei der Stadt Meerbusch war in den letzten Jahren leider mit Personalreduzierung verbunden.

In fast allen Fachbereichen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angekommen und haben diese teilweise überschritten. Das ist bekannt, niemand hier kann noch sagen, es nicht gewusst zu haben.

Herr Bürgermeister Spindler, Sie untergraben mit Ihrer Auffassung von Personaleinsatz teilweise die Beschlüsse des Rates der Stadt Meerbusch. Beschlossene Dinge können wegen Personalmangels nicht auf den Weg gebracht werden. Als Beispiel nenne ich hier das Stadtentwicklungskonzept. Dieses kann aus Personalmangel nicht kontinuierlich bearbeitet werden, obwohl es doch von großer Wichtigkeit für Meerbusch ist.

Die SPD Fraktion fordert ein umfassendes Personalentwicklungskonzept, welches ganz klare Perspektiven für die Zukunft aufweist.

Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht gelungen, den Stellenplan durch dringend neue Stellen aufzustocken. Der Bedarf ist bekannt. Aber es wird einfach gesagt, die Arbeit muss nochmals auf die Schultern derer verlagert werden, die jetzt bereits überbelastet sind. Das ist nicht fair den Betroffenen gegenüber. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Meerbusch haben es verdient, dass man sie ernst nimmt. Und das Wort der Fachbereichsleiter sollte doch ein gewisses Gewicht haben.

Für einen Bereich werden wir gleich unseren Antrag aus dem Hauptausschuss noch einmal wiederholen, in der Hoffnung, dass wir heute Erfolg haben werden. Einen Erfolg den wir nicht für uns wollen, sondern für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Alles in allem ist es uns nicht möglich, diesem vor uns liegenden Haushaltsplan zuzustimmen. Aber ich denke, das haben Sie bereits bei unseren Abstimmungen in den Fachausschüssen feststellen können und somit ist es sicherlich keine Überraschung.

Ich möchte mit einem Zitat von Dante enden: „Der eine wartet bis die Zeit sich wandelt, der andere packt es an und handelt!“

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

Es gilt das gesprochene Wort.

„Mama“, sagt die kleine Tochter eines Meerbuscher CDU-Mitglieds, „macht denn die CDU genug für die Umwelt?“ „Ja“, sagt die Mama, „deshalb arbeiten wir ja jetzt mit den Grünen zusammen.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der Presse und auf den Besucherrängen,
ich möchte die Frage dieses kleinen Mädchens aufgreifen und uns fragen:
Machen wir genug für die Umwelt?

Wir denken, es ist alles so weit weg:

- die 240.000 Fässer mit radioaktivem Müll im Nordatlantik, die darauf warten, langsam zu verrotten.
- die vielen Millionen Kubikmeter Plastikmüll, die in unseren Meeren schwimmen.
- Der Mensch ist inzwischen Sondermüll. Wir speichern Quecksilber, Dioxin und andere Gifte in unseren Körpern.
- Wir versiegeln Flächen und vernichten Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Wir meinen, das sei egal, weil erst der Mensch komme und dann der Rest.

Aber

- produzieren wir hier nicht auch den Atommüll,
- mit unserer Lust nach Konsum den Plastikmüll,
- und tragen wir mit unserem Bedarf an Mobilität, an Straßen und Parkraum nicht zur Flächenversiegelung und Klimabelastung bei?

Doch, das tun wir. Deshalb ist es wichtig, die Bemühungen für einen besseren Klimaschutz weiter zu verstärken. Mit Unterstützung fast aller Fraktionen haben wir hier einen weiteren Akzent im Haushalt gesetzt.

Und sonst?

Dieser Haushalt findet nicht unsere umfassende Begeisterung.

Wir konnten für die Schulen, die Wohlfahrtsverbände und die Jugendförderung einschneidende Kürzungen abwenden. Wir werden neue Perspektiven für die Schullandschaft entwickeln, aber in anderen Bereichen haben wir Kürzungen zulassen müssen, beim Sport, bei der Feuerwehr, den Fraktionen und Vereinen. Die geplante Erhöhung der Grundsteuer halten wir für angemessen, vielleicht sogar für zu gering.

Wir können uns damit vielleicht eine kurze Zeit über die Runden retten. Das alles reicht aber nicht, um die Haushaltslage der Stadt Meerbusch grundsätzlich zu optimieren. Wir wollen uns auch nicht damit trösten, dass es anderen Kommunen noch schlechter geht.

Warten auf den Aufschwung? Das kann keine Option sein.

Das, worauf wir warten, wird niemals so viel sein, dass wir uns die Angebote so leisten können, wie wir sie in Meerbusch haben.

Deshalb brauchen wir mehr Nachhaltigkeit bei der Finanzsteuerung. Wir dürfen uns nicht auf eine zweifelhafte Wachstumshoffnung konzentrieren.

Wir müssen kreativer und wohl auch konsequenter sein, um der Schuldenentwicklung entgegenzusteuern. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt sollte hierfür eine angemessene Grundlage sein.

Wir müssen uns davon verabschieden, dass es in jedem Ortsteil immer alles gibt.

Wir wollen die Standards im Straßenbau reduzieren.

Wir wollen ein konsequenteres Energiemanagement und

wir müssen uns neben der Ausgabenseite auch um die Einnahmen kümmern.

Das sollten wir gemeinsam angehen.



**Haushaltsrede
Christian Staudinger-Napp**

**zum Haushalt 2011
der Stadt Meerbusch
16.12.2010**

Es gilt das gesprochene Wort

**„In jeder Krise steckt auch eine Chance
für den, der sie zu nutzen weiß“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

„In jeder Krise steckt auch eine Chance für den, der sie zu nutzen weiß“

Diesen viel strapazierten Satz möchte ich über die Haushaltsdebatte 2011 stellen.

Ein mutiger Stadtrat könnte die Maßnahmen im nächsten Jahr angehen, um Meerbusch aus der Schuldenfalle zu führen. Es sieht jedoch so aus, dass diese Chance für eine Weiterentwicklung der Stadt und eine ebenso gute Zukunft vertan wird!

Die Koalition aus CDU und Bündnis90/Die Grünen beweist weder Mut noch Zuversicht, gravierende Einschnitte zu tätigen, um langfristig wieder Licht am Ende des Schuldentunnels zu sehen.

Gerade bei der CDU kann man sehr deutlich merken, dass es einige Ratsmitglieder gibt, die schwere Defizite haben, mit politisch selbständig Denkenden einfach nur fair zu diskutieren, um eine gemeinsame gute Lösung zu finden.

Was für Demokraten besonders schwer zu verstehen ist, dass die CDU immer wieder Populismus mit Bürgernähe verwechselt!

Um ihnen nochmals die zukunftsorientierte Position meiner Fraktion zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen einige Eckpunkte unserer Ratsarbeit nennen:

Die UWG-Fraktion Meerbusch hat sich bei den Haushaltsberatungen nicht unter Druck setzen lassen. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir die Stadt Meerbusch im großen Stil entschulden können und was uns besonders wichtig war und ist:

Wir haben es nicht zugelassen, werden es nicht zulassen und vor allen Dingen werden wir es auch nicht dulden, dass unserer Fraktion ein Denkverbot aufgezwungen werden soll!

Sehr geehrter Herr Kollege Herlitz: Ich möchte Sie daran erinnern, dass es Ihre Partei, die CDU war, die fast 40 Jahre die Stadtkasse in Meerbusch als einen Selbstbedienungsladen angesehen hat und jämmerlich zugeschaut hat, wie unsere Stadt sich mit Haus und Hof verschuldet hat.

Das ausgerechnet Sie dann gegenüber der Presse rumposaunen, dass die Vorschläge der Opposition allesamt unbrauchbar sind, zeugt jedoch von maßlosem Übermut!

Aber vor allen Dingen war es arrogant.

Leider ist Bescheidenheit hier Fehlanzeige!

Liebe Freunde und Freundinnen von der CDU:

Wer immer nur gegen eine Idee ist und selbst keine konstruktiven Beiträge einbringt, verliert die Legitimation überhaupt mitzureden. Fakt ist, die Stadt braucht Geld. Das geht nur über Sparen, höhere Steuern oder Verkauf von Eigentum.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, um den städtischen Haushalt zu sanieren, gehört nicht nur Verantwortungsbewusstsein, sondern auch Mut und Entschlossenheit.

Die CDU hat über Jahre nach dem Motto "immer weiter so" einen Riesenschuldenberg angehäuft. Um diesen jetzt nachhaltig wieder abzutragen, müssen definitiv neue Wege beschritten und lieb gewonnene Zöpfe abgeschnitten werden.

Sonst ändert sich wieder nichts.

Aus diesem Grund heraus hat die UWG Ratsfraktion Meerbusch den Antrag gestellt, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Deswegen muss der Dr. Franz-Schütz-Platz verkauft und einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden.

Auch der Verkauf des Meerbuscher Schwimmbades darf kein Tabu mehr sein.

Es muss seitens der Stadtverwaltung geprüft werden, ob im Rhein-Kreis Neuss auf der „Grünen Wiese“ ein geeignetes Schwimmbad von mehreren Kommunen gemeinsam gebaut und genutzt werden kann

Die *ITK Rheinland* ist der IT-Dienstleister für alle kommunalen Verwaltungen im Rhein-Kreis Neuss und für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Stadt Meerbusch sollte durch ihre Mitgliedschaft eigentlich Kosten sparen „das ist anscheinend nicht gelungen“.

Die Stadt Meerbusch erwirtschaftet keinen Gewinn bei der Parkraumbewirtschaftung, bzw. die Personalkosten tragen sich noch nicht einmal selbst! In diesem Bereich wird vollkommen unnötig ein Minus von ca. 60.000.00 € produziert, was sicherlich im Bereich Kinder und Jugendliche besser platziert werden könnte.

Insgesamt ist bemerkenswert, dass die Stadt Meerbusch anscheinend nicht ausreichend an einer interkommunalen Zusammenarbeit interessiert ist.

Die UWG Ratsfraktion ermuntert Herrn Bürgermeister Spindler nochmals ausdrücklich, bei diesem Thema mehr Engagement zu zeigen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) ist das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum des kommunalen Managements.

Die Kooperation von zwei oder mehreren Kommunen zur gemeinsamen Erbringung von öffentlichen Leistungen ist ein seit langem etabliertes und erfolgreiches Organisationsmodell.

Unsere Fraktion hat beantragt, einen entsprechenden Arbeitskreis „Interkommunale Zusammenarbeit“ einzurichten!

Man muss vom Bürgermeister verlangen können, dass er so verantwortlich mit Schulden umgeht wie der Privatmann in Meerbusch, der nämlich seiner Bank für jeden geliehenen Euro einen Tilgungsplan vorlegen muss.

Tilgung findet aber unter Bürgermeister Spindler seit Jahren nicht statt, nur ein ausuferndes Anhäufen von neuen Schulden - ohne jeden Tilgungsplan.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltsplans haben Sie für unsere missliche Haushaltslage eine einfache Erklärung gefunden! Schuld sind die anderen!

Die da in Bund und Land! Immer neue Aufgaben übertragen diese übergeordneten Hierarchieebenen auf die Kommunen, ohne die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Offen gestanden: Gänzlich widersprechen kann man Ihnen bei dieser Feststellung sicher nicht!

Jedoch gibt es einige Städte, die trotz gleicher Umstände einen ausgeglichenen Haushalt schaffen.

Ihre Erklärung, Herr Bürgermeister, ist aber dennoch zu einfach - und vor allem zu einseitig! Tatsache ist: Wir leben seit langem unter Ihrer Regie und der CDU in Meerbusch über unsere Verhältnisse! Oder, wie es der Bürger formuliert:

Wir haben ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem!

Alle diese Zahlen und Fakten sind ernüchternd. Und dennoch:

Im Gegensatz zum Beispiel zu den Kommunen der Ruhrschiene ist es für uns in Meerbusch noch nicht zu spät zum Umsteuern! Aber es ist höchste Zeit! Höchste Zeit, meine Damen und Herren, jetzt entschlossen und systematisch die Umkehr zu betreiben!

Betrachten wir die Haushaltsdebatten der letzten Jahre:

An guten, zumindest gut gemeinten Vorschlägen und Einzelmaßnahmen hat es nie gemangelt!

Aber alles ist stets nur Stückwerk geblieben. Sparen fand nur einmal im Jahr statt - zur Haushaltsdebatte. Ein fest vorgegebenes Ziel oder ein Leitfaden, die das ganze Jahr über hätten verfolgt werden können, waren und sind bis heute Fehlanzeige! Dies gilt es endlich zu ändern!

Freilich dürfen wir die Sparaxt nicht als Sense einsetzen und unterschiedslos alles kappen. Insoweit ist also auch Vorsicht geboten.

Insbesondere im sozialen Bereich, bei den Schulen, Kindergärten, bei der Jugendarbeit und den Sportvereinen darf nicht und nichts kaputt gespart werden!

An dieser Stelle möchte sich die UWG Ratsfraktion Meerbusch in aller Form bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadt bedanken.

Bedanken für die engagierte und stets sachbezogene Arbeit, die dort geleistet wird. Bedanken aber auch, dass alle hier, vom Dezernenten bis zum Sachbearbeiter, unterstützt durch den engagierten Personalrat, die Belastungen des Personalabbaus, bei zunehmender Aufgabenfülle relativ klaglos ertragen.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Der hier vorgelegte Haushaltsplan 2011 entspricht in seiner Zielsetzung und in seiner Schwerpunktbildung nicht den Vorstellungen meiner Fraktion.

Eine Konzentration auf Notwendiges und Wesentliches ist ebenso wenig erkennbar, wie die deutliche Stärkung bürgerchaftlicher Strukturen und ein ernsthaftes Bemühen um die Entschuldung unserer Stadt.

Aus diesen Gründen wird die UWG Ratsfraktion Meerbusch dem Haushaltsentwurf 2011 heute nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Christian Staudinger-Napp
Fraktionsvorsitzender

*Rede zum Haushaltsentwurf für 2011
des Vorsitzenden der Zentrumspartei im Rat der Stadt Meerbusch
Wolfgang Müller*

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1970 sind wir eine selbständige Stadt, mit eigener Verwaltung und Finanzhoheit. Dieser Verantwortung, die mit dieser Eigenständigkeit einhergeht, haben sich Rat und Verwaltung allerdings nur bedingt würdig erwiesen. Denn ein Blick auf den Schuldenstand zeigt, dass eine effiziente Finanzpolitik von einer Mehrheit dieses Hauses nicht gewollt ist. Rund 5 Millionen Euro jährlicher Zinslast gehen der Stadt Meerbusch verloren und ein nachhaltiges Konzept, wie der Schuldenstand zumindest mittelfristig auf ein tolerables Niveau gesenkt werden könnte, ist nicht in Sicht.

An die Adresse der CDU, die in den vergangenen Jahren die Hauptverantwortung dafür getragen hat, sei gerichtet: Ein Schuldenberg von rund 100 Millionen EUR ist ein miserables Ergebnis und gegenüber den künftigen Generationen schlicht verantwortungslos. Ihre Partei, Herr Damblon, hat der SPD oft vorgeworfen, dass diese nicht mit Geld umgehen kann; ich stelle fest: Sie können es leider auch nicht!

Statt in Prestigeobjekte zu investieren, wie das Lanker Bürgerhaus oder die Mediathek in Büderich, hätte man besser daran getan, sich dem Erhalt und der Pflege des Bestandes zu widmen. Straßenlaternen oder Sirenen zu erneuern, sind wenig aufregende, aber doch notwendige Maßnahmen und hätten als Nebeneffekt auch eine Reduzierung der Stromkosten von rund 55.000.- EUR erzielt.

Sie aber lehnten es wiederholt ab, solche Investitionen und Sanierungen zu befürworten, obwohl wir hierdurch auch eine geringere Neuverschuldung hätten erreichen können.

Die verkündete Absicht, durch Grundstücksveräußerungen rund 5 Millionen EUR zu erzielen, hat mit einer nachhaltigen Finanzpolitik ebenfalls nichts zu tun, denn ein Grundstück kann nur einmal verkauft werden. Und wenn dieses Tafelsilber einmal verscherbelt ist, bleibt wohl nur das bekannte Drehen an der Steuerschraube.

Gutes kaufmännisches Gebaren wäre es, den Schuldenstand kontinuierlich abzutragen, und von Neuanschaffungen abzulassen, bis eine spürbare Konsolidierung der Haushaltslage gegeben ist.

Dass auch Einsparungen zu einer soliden Haushaltspolitik gehören, dürfte uns allen klar sein. Im Bereich Schwimmbäder, Volkshochschule oder anderen defizitären Bereichen muss es zukünftig eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit geben; auch die Fraktionszuwendungen müssen auf den Prüfstand, denn die Politik sollte sich selbst nicht ausnehmen, wenn es darum geht, den Gürtel enger zu schnallen. Die SPD hier im Hause, die sich dagegen ausgesprochen hat, zeigt so leider wieder einmal, dass sie sich zwar zurecht gegen viele Maßnahmen der Mehrheitsfraktion wendet, aber selbst auch nicht den Mut hat, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Dasselbe gilt für die UWG: Herr Staudinger-Napp erkennt die Notwendigkeit, auf die desaströse Haushaltslage zu reagieren, verfällt aber auch nur wieder auf die Idee, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Dabei ist gerade der moderate Gewerbesteuerhebesatz eines der letzten verbliebenen Argumente, Unternehmen für eine Ansiedlung in Meerbusch zu gewinnen. Übrigens ist Ihr angekündigtes Fernbleiben bei dem Festakt zur Städtepartnerschaft mit Shijonawate dem Ansehen der Stadt abträglich. Sie waren zwar von Anfang an dagegen, sollte aber soviel demokratischen Anstand aufbringen, den Gästen aus dem japanischen Kulturkreis, die in Fragen der Ehre bekanntermaßen recht sensibilisiert sind, nicht auf diese Art vor den Kopf zu stoßen.

Zur FDP: Alle Jahre wieder wird die Umsetzung eines adäquaten Sportplatzes für Strümp blockiert und die jetzt vorliegenden 180 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern zeigen nur, dass Verschieben und Hinhalten Probleme nicht löst, sondern verstärkt!

Meine Damen und Herren, dem vorliegenden Haushaltsentwurf kann die Zentrumspartei nicht zustimmen, denn es ist nicht erkennbar, dass hier aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, geschweige denn die Weichen für die Zukunft gestellt wurden.

Das Zentrum wendet sich gegen solche Einsparvorschläge, die das Engagement der Bürger – zum Beispiel im Feuerwehrdienst – untergräbt, aber bei der Politik – ich nenne nochmal explizit die Fraktionszuwendungen – kein Zeichen setzt.

Auch die Grünen sind hier Teil des „Weiter-so-Kartells“ und werden sich eines Tages die Frage gefallen lassen müssen, warum sie geschwiegen haben, als es Zeit war, die Dinge klar beim Namen zu benennen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Bürger – die Wählerinnen und Wähler – hieran bei geeigneter Gelegenheit erinnern werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Haushaltssatzung der Stadt Meerbusch für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 /SGV.NRW.2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950), hat der Rat der Stadt Meerbusch mit Beschluss vom 16.12.2010 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	114.661.650 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	124.944.330 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	107.897.200 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	110.814.460 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	11.868.700 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	27.668.740 EUR

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf
15.800.000 EUR
festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf
15.781.839 EUR
festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf
8.682.996 EUR

und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf
1.599.684 EUR
festgesetzt

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 230 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 440 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 440 v.H. |

§ 7

entfällt

§ 8

Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

Soweit Stellen im Stellenplan mit einem kw – Vermerk versehen sind, entfallen diese nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

Soweit Stellen im Stellenplan mit einem ku – Vermerk versehen sind, werden sie nach Ausscheiden des Stelleninhabers bewertungsgemäß einer niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppe zugeordnet.

§ 9

1. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind im Sinne des § 83 Absatz 2 GO NW unerheblich, wenn sie weniger als 50 % des Ansatzes und weniger als 20.000 EUR betragen, oder wenn sie - unabhängig von ihrer Höhe - aufgrund rechtlicher oder vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind.
2. Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Absatz 2 GO NW sind unerheblich, wenn sie weniger als 5.000,00 EUR betragen, oder wenn sie - unabhängig von ihrer Höhe - aufgrund rechtlicher oder vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind.
3. Bei überplanmäßigen Auszahlungen im Sinne des § 83 Absatz 3 GO NW entscheidet der Kämmerer in unbegrenzter Höhe.
4. Soweit im Laufe des Haushaltsjahres über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen erteilt werden müssen, entscheidet im Rahmen der Vorschriften nach § 85 Absatz 1 GO NW
 - 4.1 der Kämmerer in unbegrenzter Höhe, soweit in den Jahren, zu deren Lasten die Verpflichtungsermächtigung erteilt wird, Auszahlungen in mindestens gleicher Höhe in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung enthalten sind, bzw.

- 4.2 der Kämmerer bis einschließlich 250.000 EUR soweit in den Jahren, zu deren Lasten die Verpflichtungsermächtigung erteilt wird, keine Auszahlungen in mindestens gleicher Höhe in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung enthalten sind.
5. Bei der Genehmigung von nicht zahlungswirksamen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen insbesondere im Rahmen des Jahresabschlusses gemäß § 83 GO NW entscheidet der Kämmerer.
 6. Erheblich im Sinne von § 81 Absatz 2 Nr. 1 GO NW ist ein entstehender Fehlbetrag, wenn er 3% der Aufwendungen übersteigt.
 7. Erheblich im Sinne von § 81 Absatz 2 Nr. 2 GO NW sind bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen und Auszahlungen bei einzelnen Produkt-/Auftragssachkonten, wenn sie 3% des Haushaltsvolumens übersteigen.
 8. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen im Sinne von § 81 Absatz 2 Nr. 3 GO NW gelten als geringfügig, wenn sie im Einzelfall 3% der Gesamtauszahlungen aus Investitionstätigkeiten im Gesamtfinanzplan nicht übersteigen.
 9. Die Wertgrenze zum Ausweis von Investitionen gem. § 41 Abs. 1 h GO i.V.m. § 4 Abs. 4 der GemHVO wird auf 20.000 € festgesetzt.
Die Wertgrenze für Investitionsmaßnahmen gem. § 14 GemHVO wird auf 250.000 € festgesetzt.